

Behörden wollen raschen Abschluss

WOLF sda. Die St. Galler Behörden wollen den Abschluss von zwei Jungwölfen des Calanda-Rudels unverzüglich vollstrecken. WWF und Pro Natura haben noch nicht entschieden, ob sie den Abschluss anfechten. Laut dem Kanton haben Beschwerden aber sowieso keine aufschiebende Wirkung.

Verfügung veröffentlicht

Die Abschussverfügung wurde kurz vor Weihnachten im St. Galler Amtsblatt veröffentlicht. In einer detaillierteren Version im Internet heisst es: «Um einer Zunahme von problematischen Verhaltensweisen des Calanda-Rudels vorzubeugen, ist die Regulierung unverzüglich an die Hand zu nehmen.» Die Jungwölfe dürfen nur in Siedlungsnähe abgeschossen werden, und es müssen mindestens zwei Jungtiere anwesend sein. Die vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) bewilligte Abschussbewilligung ist bis Ende März befristet.

Kontroverse um Satiriker-Auftritt

AROSA red. Der Auftritt des deutsch-türkischen Satirikers **Serdar Somuncu** am Humor-Festival Arosa sorgt für Aufruhr. Somuncu wirft in einem Facebook-Beitrag dem Schweizer Fernsehen (SRF) vor, Passagen seines Auftritts vom 13. Dezember 2015 aufgrund politischer Aussagen nicht in den Zusammenschnitt des Humor-Festivals aufgenommen zu haben. So hat er die Schweizer unter anderem als «gepflegt ausländerfeindlich» bezeichnet.

«Guter Mix» statt Zensur

Den Vorwurf lässt sich das SRF nicht gefallen. «Eine redaktionelle Auswahl nach sendungsrelevanten Kriterien zu treffen, ist keine Zensur», sagte Rolf Tschäppät, SRF-Bereichsleiter Comedy und Quiz, gegenüber deutschen Medien. «SRF wählt die Künstler und ihre Auftritte – sowohl für die Sendungen wie auch für die Homepage – nach verschiedenen Kriterien aus, zum Beispiel Herkunft, Bekanntheit oder Genre. Entscheidend ist schlussendlich ein guter Mix», sagt Tschäppät.

NACHRICHTEN

Road Cross für zweite Röhre

GOTTHARD sda. Road Cross Schweiz, die Stiftung für Verkehrssicherheit, befürwortet eine zweite Strassentunnelröhre am Gotthard. Sie empfiehlt dem Stimmvolk, am 28. Februar ein Ja in die Urne zu legen. Das wichtigste Argument für den Bau einer zweiten Gotthardröhre sei die Verkehrssicherheit. Nur mit zwei Röhren könnten Frontal- und Streifkollisionen verhindert werden, so Road Cross.

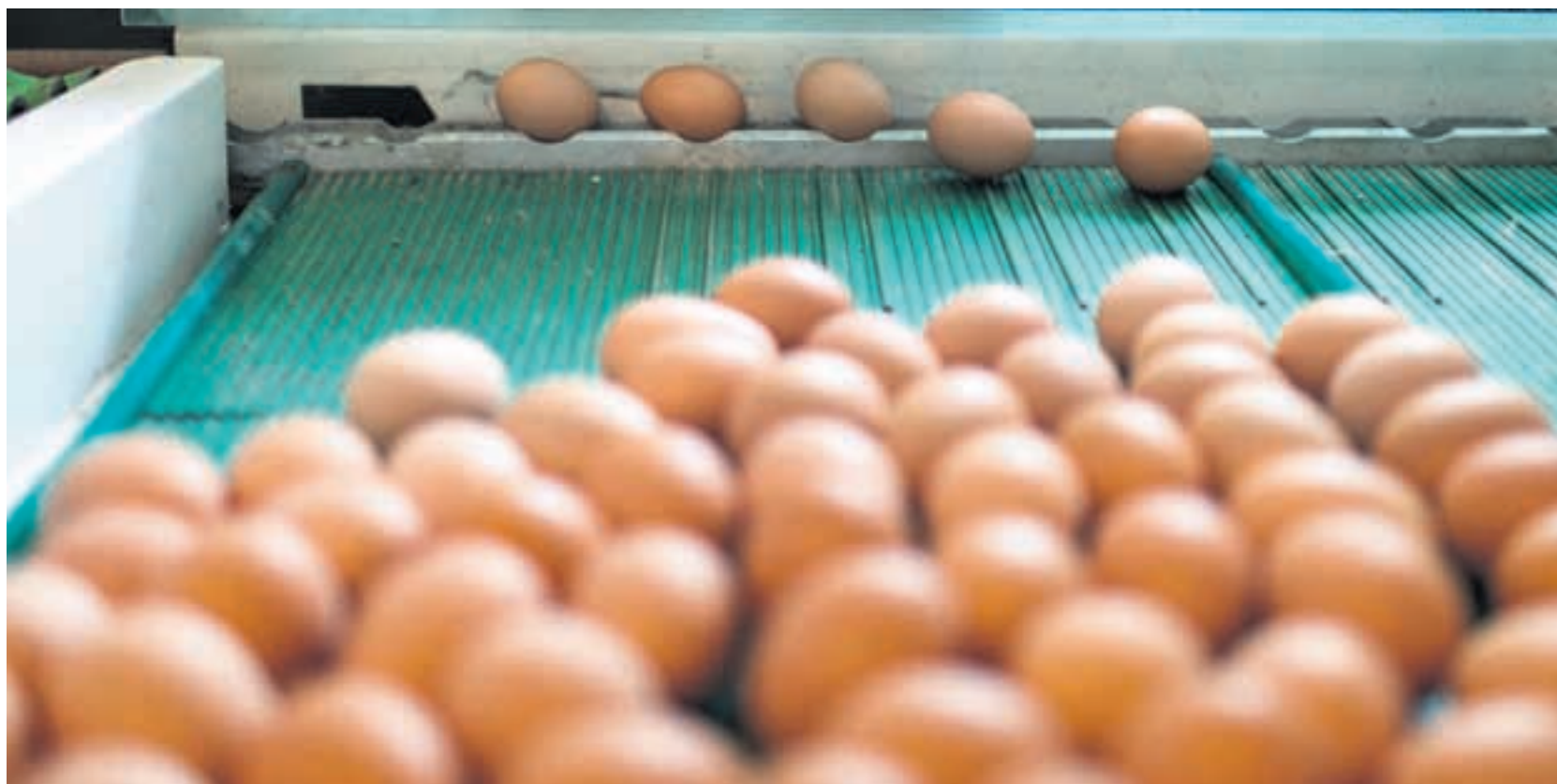
Erneut viele Selbstanzeigen

ZÜRICH sda. 1500 Zürcher Steuerpflichtige haben 2015 mit Selbstanzeigen bisher nicht deklarierte Gelder gemeldet. Das sind gleich viele wie im bisherigen Rekordjahr 2014, wie die Finanzdirektion in einer Mitteilung schreibt.

Geldabzug ist rechtens

BUNDESGERICHT sda. Der wegen ungetreuer Amtsführung und Betrug beschuldigte ehemalige Seco-Ressortleiter muss mit einem Abzug von rund 4300 Franken von seinem Arbeitslosengeld leben. Das Bundesgericht hat entschieden, dass die Altersrente vom Taggeld abzuziehen ist, obwohl die Bundesanwaltschaft sein gesamtes Pensionskassenguthaben beschlagnahmt hat.

Eine Flut an Ernährungsvorlagen



Gleich mehrere Initiativen befassen sich derzeit mit dem Thema Ernährung. Im Bild: Bio-Eier von einem Hof im Kanton Zürich.

Keystone/Christian Beutler

INITIATIVEN Spekulationsstopp, Ernährungssouveränität, Nachhaltigkeit: Eine Reihe von Initiativen dreht sich um die Ernährung. Das Thema bewegt die Menschen – vor allem in unsicheren Zeiten.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

«Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral», sagte einst der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht. Mit Blick auf die politische Diskussion in der Schweiz sind seine Worte zu relativieren: Hier gehen Fressen und Moral zurzeit Hand in Hand. Am 28. Februar stimmen wir



28. Februar 2016

Abstimmung

über die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» ab. Die von den Jungsozialisten lancierte Initiative will Banken und anderen Unternehmen verbieten, in Finanzinstrumente zu investieren, «die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen».

Die Initiative ist die erste in einer ganzen Reihe von Volksbegehren, die sich ums Thema Ernährung drehen:

- Die Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» wurde vom Schweizerischen Bauernverband (SBV) als Reaktion auf die Agrarpolitik 2014–2017 lanciert und 2014 eingereicht. Sie will in die Verfassung schreiben, dass der Bund die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln «stärkt» und «wirk-

same Massnahmen, insbesondere gegen den Verlust von Kulturland», ergreift.

- Eine Initiative mit ähnlichem Titel – «Für Ernährungssouveränität» – hat die Bauerngewerkschaft Uniterre lanciert. Ihre Forderungen sind sehr viel detaillierter als jene des SBV. Unter anderem verlangt sie, dass der Bund die «Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen» erhöht, Gentechnik verbietet und «gerechte Preise» festlegt. Die Initianten haben noch bis Ende März Zeit, die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenzubringen. Bisher haben sie nach eigenen Angaben 90 000 gesammelt.

- Die nötigen Unterschriften bereits eingereicht haben die Grünen für ihre Fair-Food-Initiative. Diese zielt vor allem auf importierte Lebensmittel, welche künftig höhere ökologische und soziale Standards erfüllen sollen.

Grosse Sympathie

Die Frage, wie, wo und unter welchen Bedingungen unser Essen hergestellt wird, bewegt die Bevölkerung offenbar. «In dem Thema ist Bewegung drin», drückt es Markus Ritter, Präsident des Bauernverbands, aus. Als Beleg dafür sieht er auch das Interesse an der Initiative seines Verbands: Diese hatten in nur drei Monaten fast 150 000 Stimmberechtigte unterzeichnet. Sympathie spüren auch die Grünen für ihre Fair-Food-Initiative. «Bei den Aktionen in der Öffentlichkeit kam die Initiative sehr gut an», erzählt der Luzerner Nationalrat Louis Schelbert. «Die Bevölkerung wünscht, dass die Lebensmittel möglichst tiergerecht und natürlich hergestellt werden.»

Dass viele Initiativen eingereicht werden, die sich um das Thema Ernährung

drehen, stellt auch Johanna Künzler, Politikwissenschaftlerin an der Universität Bern, fest. Interessant sei dabei, dass sich Anliegen von rechts und links treffen. Sie sieht aber auch Unterschiede: Während etwa die Grünen mit ihrer Initiative Nachhaltigkeit und Biodiversität fördern wollen, begünstigt die Forderung des Bauernverbands, den inländischen Versorgungsgrad zu erhöhen, eher eine intensivere Produktion.

Kooperation hält sich in Grenzen

Die Kooperation unter den verschiedenen Begehren hält sich denn auch in Grenzen. So hat der SBV zur Spekulationsstopp-Initiative der Juso Stimmfreigabe beschlossen. «Das Anliegen ist berechtigt», sagt Bauernpräsident Markus Ritter. «Aber auf nationaler Ebene lässt sich das Problem nicht lösen.» Wenn die Schweiz Nahrungsmittelspekulation verbiete, würden die betroffenen Unternehmen einfach ins Ausland abwandern. «Die Schweiz sollte sich

stattdessen für internationale Standards einsetzen», findet Ritter.

Die Juso ihrerseits unterstützt die Uniterre-Initiative aktiv, wie Präsident Fabian Molina sagt. Zur Initiative des Bauernverbands sowie jener der Grünen habe man noch keine Position gefasst, stehe ihnen aber «positiv gegenüber».

Erinnerungen an die 1970er-Jahre

Obschon derzeit mehrere Initiativen in der Pipeline stehen: dass das Thema Ernährung die Politik beschäftigt, ist kein neues Phänomen. Johanna Künzler erinnert an die 1970er-Jahre: Im Zuge der Erdölkrise wurde in der Schweiz plötzlich der Treibstoff knapp, und auch

Bauern haben Nachwuchsproblem

VERBAND sda/lkz. Nachwuchsprobleme, sinkende Wettbewerbsfähigkeit und falsche Anreize: Der Schweizerische Bauernverband (SBV) bezeichnet die aktuelle Situation seiner Branche als Besorgnis erregend. Jeder dritte Betriebsleiter über fünfzig Jahre habe keinen Hofnachfolger, sagte SBV-Direktor Jacques Bourgeois gestern an der Jahresmedienkonferenz des Verbands in Bern. Grund dafür seien die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der SBV kritisiert zudem, dass der Bund falsche Anreize setze: «Es ist unterdessen lukrativer, eine Buntbrache zu säen, statt Brotgetreide anzubauen und zu verkaufen», sagte Bourgeois.

Ein Gegenrezept sieht der Verband in seiner Initiative «Für Ernährungssicherheit» (siehe Haupttext). Diese würde die Rahmenbedingungen für die Bauern verbessern, sagte Präsident Markus Ritter.

Nahrungsmittel waren nur noch beschränkt verfügbar. In der Folge wurden im Parlament Forderungen laut, die Abhängigkeit vom Ausland zu vermindern. Die Rechtsausserpartei Nationale Aktion – heute Schweizer Demokraten – verlangte, dass kein weiteres Kulturland mehr überbaut werden dürfe, und verknüpfte damit erstmals ökologische Themen mit Einwanderungspolitik.

Wenn man noch weiter zurückgeht, standen die 1930er- und 1940er-Jahre im Zeichen der «Anbauschlacht». «In Krisenzeiten gewinnen Fragen von Ernährung und Souveränität oft an Bedeutung», stellt Johanna Künzler fest. Das sei nun – im Nachgang zur Finanz- und Wirtschaftskrise – erneut der Fall.

Mehr Schutz für ältere Arbeitnehmer gefordert

GEWERKSCHAFT red/sda. Die steigende Arbeitslosigkeit ist für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eine der grossen Herausforderungen im noch jungen Jahr. Eine der Ursachen dafür ortet er beim Leistungsabbau bei den Sozialversicherungen. Wegen der Verschlechterungen sind gemäss Berechnungen des SGB heute rund 100 000 Menschen mehr auf Arbeit angewiesen. «Dies entspricht immerhin knapp 2 Prozent der Erwerbspersonen», sagte SGB-Chefökonom Daniel Lampart gestern an der Jahresmedienkonferenz des Gewerkschaftsbundes. Allerdings liessen sich die

Zahlen nicht direkt in eine Arbeitslosenquote ummünzen, da noch andere Faktoren für diese zu berücksichtigen seien.

AHV-Reform als Auslöser

Als konkrete Gründe nennt der SGB die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre, die strengere Rentenpraxis bei der Invalidenversicherung und die Erhöhung der reglementarischen Rentenalter in den Pensionskassen. Im Rahmen der Altersvorsorge 2020 soll das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre erhöht werden, was laut Lampart bedeutet, dass 18 000 bis 25 000 Frauen mehr eine

Stelle bräuchten als heute. Er bekräftigte seine Forderungen nach einem besseren Kündigungsschutz für langjährige ältere Mitarbeitende und mehr Gesamtarbeitsverträge.

Mindestkurs von 1.30 Franken

Für 2016 erwartet der SGB einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3,6 Prozent. Im November hatte die Quote bei 3,4 Prozent gelegen.

Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, fordert der Gewerkschaftsbund deshalb die Wiedereinführung eines Mindestkurses. Der Franken-Euro-Kurs müsse

so rasch wie möglich in Richtung 1.30 Franken gebracht werden.

Weiter fordert der Gewerkschaftsbund, dass Unternehmen verpflichtet werden, offene Stellen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu melden. Zudem müsse der Bund die flankierenden Massnahmen verstärken. Prioritär seien mehr Kontrollen und bessere Durchsetzungsinstrumente. Eine weitere grosse Herausforderung ist laut SGB-Präsident Rechsteiner der Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU. Der Schlüssel dazu sei die Verbesserung des Schutzes der Löhne und der Arbeitsplätze.